

## Religion: Geheime Parallelwelt

Von Anna Catherin Loll und Peter Wensierski (Spiegel 14. Juni 2010)

**Prunksucht, Diebstahl, undurchsichtige Kassen: Die katholische Kirche wird von Finanzaffären erschüttert. Während an der Basis gespart werden muss, bleibt manchen Bischöfen kaum ein Wunsch unerfüllt.**



DPA

Bistum Limburg: Bischof Franz-Peter Tebartz-van-Elst lässt sich für mehrere Millionen Euro eine neue Residenz auf dem Limburger Domberg errichten.

Kurz vor Pfingsten kam nicht der Heilige Geist, sondern die Polizei frühmorgens in die Wohnung von Pfarrer S.

Wer da sucht, der findet: Über 131.000 Euro waren in den Räumen des katholischen Seelsorgers versteckt, mal waren die Scheine zwischen der Wäsche, mal unter Schubladen befestigt. Auf der Stelle wurde Hochwürden verhaftet. Nach mehreren Wochen Untersuchungshaft wartet Hans S., 76, jetzt im Kloster auf seinen Prozess.

Und siehe da, die Geldvermehrung war womöglich sogar noch wundersamer als angenommen. Die Staatsanwaltschaft Würzburg spricht inzwischen von bis zu 1,5 Millionen Euro, die S. aus Kollekten und anderen Kirchengeldern unterschlagen haben könnte. Seine Schäflein in einem fränkischen Weinort sind fassungslos. Sie hatten ihrem Hirten, der demütig und bescheiden auftrat, blind vertraut.

Gleich mehrere Finanzaffären erschüttern zurzeit die katholische Kirche, nicht nur im Fränkischen oder in Augsburg, wo der Griff von Bischof Walter Mixa in die Kasse einer Kinderheimstiftung kürzlich Wirbel machte.

Allein im Bistum Magdeburg sollen über 40 Millionen Euro verlorengegangen sein, in Limburg verschwanden 5 Millionen, in der Diözese Münster flogen 30 Schwarzkonten eines leitenden Geistlichen auf. Und während Pfarreien in ganz Deutschland Stellen und Mittel für die Gemeindeförderung gestrichen werden, bleibt vielen Bischöfen kaum ein Wunsch unerfüllt. Eine nagelneue Residenz? Ein pompöser Alterssitz? Frischer Glanz für eine Mariensäule für 120.000 Euro? So etwas ist von Trier bis Passau kein Problem, die Kassen der Exzellenzen sind prall gefüllt.

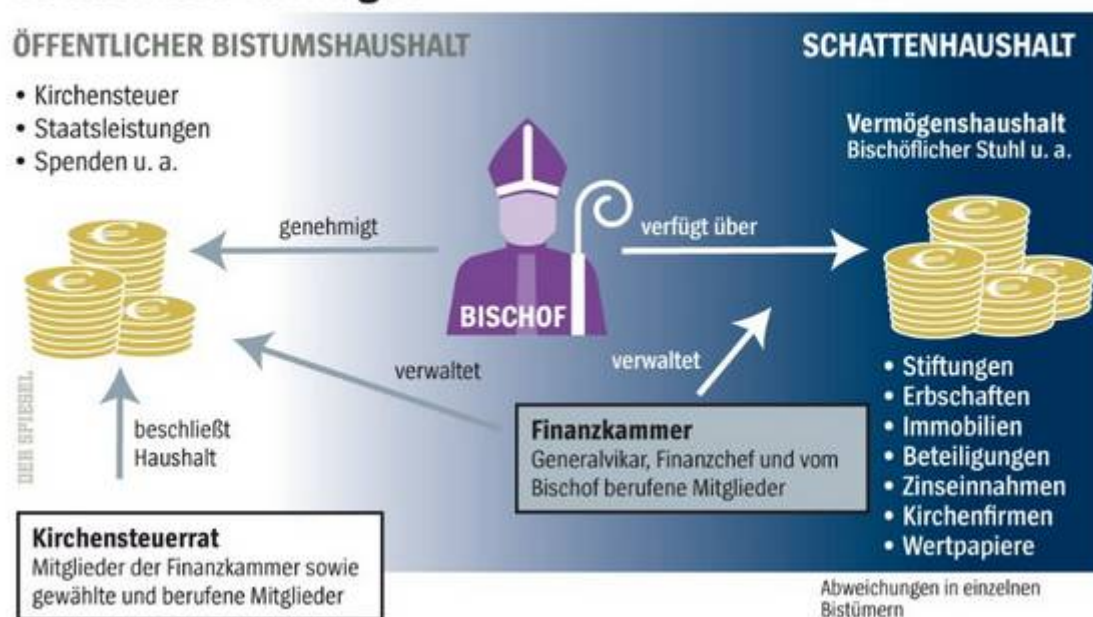
Missmanagement, Veruntreuung und Prunksucht bringen darum vielerorts die Gläubigen gegen die Obrigkeit auf. Ihr Vorwurf: Wie beim Missbrauchsskandal setzen viele Bischöfe auf Verschleiern. Möglichst niemand soll Einblick bekommen in ihre Parallelwelt aus prallen Konten und geheimen Vermögenswerten, die teils seit Jahrhunderten ihre Macht stützen. Nur der aus Kirchensteuern finanzierte Bistumshaushalt ist öffentlich - das eigentliche Vermögen bleibt im Schatten.

Jetzt aber wird dieser Reichtum zum Politikum. Arbeitslose, Wohngeldempfänger, Familien, Kommunen, Unternehmen, Bundeswehr - ihnen allen will die Bundesregierung in den nächsten Jahren Milliardenbeträge wegnehmen. Aber ausgerechnet die Kirche bleibt verschont, ihre großzügige Alimentierung durch den Staat wird kaum in Frage gestellt.

Dabei sind Deutschlands Bistümer finanziell bestens ausgestattet. "Die katholische Kirche sagt, sie sei arm, tatsächlich aber versteckt sie ihren Reichtum", sagt der Berliner Politikwissenschaftler Carsten Frerk, der nach jahrelangen Recherchen im Herbst ein "Violettbuch Kirchenfinanzen" herausbringt. Auf rund 50 Milliarden Euro veranschlagt Frerk das Barvermögen der kirchlichen Rechtsträger. Eigene Zahlen legen die Katholiken dazu nicht vor. Frerk werfen sie vor, ein voreingenommener, atheistischer Kirchenkritiker zu sein.

Das über Jahrhunderte angehäufte Vermögen ist vielseitig angelegt, etwa in Immobilien, kirchlichen Banken, Akademien, Brauereien, Weingütern, Medienkonzernen oder Kliniken; hinzu kommen Erträge aus Aktienbesitz, Stiftungen, Erbschaften. All das fließt in der Regel im Topf des sogenannten Bischöflichen Stuhls zusammen. Nur der Bischof und seine engsten Vertrauten kennen diesen Schattenhaushalt, kein Finanzamt muss Einblick nehmen. Die öffentlichen Bistumshaushalte umfassen bei weitem nicht alle Finanzen der jeweiligen Diözesen (siehe Grafik).

## Verstecktes Vermögen



Das komplizierte Geflecht wird so geheimnisvoll gehandhabt, dass nicht einmal die Finanzdezernenten aller Bistümer offen untereinander darüber informieren. Barock anmutende Strukturen erschweren den Überblick, mal sitzen die Verwalter des Geldes im Kirchensteuerrat, mal in einem Diözesansteuerausschuss, einer Finanzkammer oder einer Verwaltungskammer. Manchmal wird Vermögen auch noch in Stiftungen ausgegliedert.

Auf eine SPIEGEL-Umfrage nach ihrem Vermögenshaushalt verweigerten 25 von 27 katholischen Bistümern die Auskunft, ("wird nicht veröffentlicht"), nur Magdeburg und die vor wenigen Jahren insolvenzreife Erzdiözese Berlin zeigten sich etwas offener. Anscheinend gibt es dort ohnehin kaum Vermögen, das zu verbergen wäre.

## 2. Teil: Wieso Kirchenkassen nicht kontrolliert werden

Der Generalvikar eines gutausgestatteten Bistums dagegen erklärt auf Nachfrage: "Ja, das Vermögen im Bischöflichen Stuhl ist geheim. Aber schreiben Sie besser: vertraulich." Um einen Grund für solche Verschwiegenheit gebeten, sagt die Sprecherin des Bistums Limburg: "Das ist einfach so." Und ein Vertreter der Deutschen Bischofskonferenz teilt mit: "Ich habe keine Lust, darüber mit Ihnen zu sprechen."

Gewählten Laienvertretern an der Basis ergeht es kaum besser, sie stehen vor einer Schweigemauer, selbst wenn sie in ihrem Bistum für die Finanzaufsicht verantwortlich sind. Wie zum Beispiel Herbert Steffen, den seine Gemeinde in den Diözesanrat nach Trier delegiert hatte. Ein notorischer Kritiker ist Steffen, 75, nicht, er war Möbelfabrikant, entstammt einer erzkatholischen Unternehmerfamilie an der Mosel. Sein Anliegen war so einfach wie konservativ: Er wollte, dass sein Bistum in Gelddingen solide aufgestellt ist.

Was er im Diözesanrat erlebte, hat den Geschäftsmann irritiert. "Ich wunderte mich über die niedrige Höhe des Haushaltes. Wir sollten das ja kontrollieren", sagt er. Auf einer Sitzung fragte er einen Vertrauten des Bischofs, ob das alles sei. "Es gibt noch den Haushalt des Bischöflichen Stuhls. Aber der ist nicht für die Öffentlichkeit bestimmt", hieß es darauf. Steffen fragte nach: "Wie, den bekommen auch wir nicht zu sehen?" Antwort: "Nein!"

Trier, Deutschlands ältestes Bistum, ist ein gutes Beispiel für die katholische Kluft zwischen Arm und Reich. Ortsbischof Stephan Ackermann, der auch Missbrauchsbeauftragter der Deutschen Bischofskonferenz ist, kann in finanziellen Dingen durchaus großzügig sein. Vor allem, wenn es um Prestigeprojekte gleich bei seinem Bischofspalais geht. So sollen aktuell allein für den Platz hinter dem Dom rund eine Million Euro bereitstehen. Die Fläche soll in neuem Glanz erscheinen, falls 2012 der Papst persönlich die Wallfahrt zum "Heiligen Rock" anführen und mit den Gläubigen jenen Leibrock anbeten sollte, der angeblich Fetzen von Jesu Gewand enthält.

Gestrichen oder radikal gekürzt werden sollen dagegen die Zuschüsse für Jugendverbände und Begegnungsstätten. Gleich mehrere Einrichtungen sollen nach einem Sparentwurf des Bistums komplett geschlossen werden, darunter die Fachstellen für Katholische Erwachsenenbildung, die Katholische Akademie Trier und die Katholischen Hochschulgemeinden in Saarbrücken, Koblenz und Trier.

Die Betroffenen sind entsetzt. "Es geht uns doch darum, dass wir Kirche erlebbar machen", sagt Hochschulseelsorger Guido Groß, "aber jetzt soll gleich der ganze Arbeitsbereich weg." Lukas Rölli vom Dachverband der katholischen Hochschulgemeinden ergänzt: "Ich falle vom Glauben ab, wenn der Bischof das unterschreibt." Es entstehe der Eindruck, dass "die katholische Kirche sich immer mehr von der Gesellschaft entfernen will - zurück in die Sakristei".

Auch in Köln, einer der reichsten Diözesen weltweit, klaffen Schein und Wirklichkeit weit auseinander. Die Katholiken an der Basis mussten schon um ihre finanzielle Handlungsfähigkeit ringen, Kirchen wurden geschlossen, immer weniger Geistliche müssen immer größere Gemeinden betreuen. Sparpläne setzten dafür strenge Vorgaben. Dabei hat Köln nicht nur einen 863 Millionen Euro schweren Bistumshaushalt. Auch das Vermögen des Erzbischöflichen Stuhls soll mehrere Milliarden Euro betragen, allein die Beteiligung an den Aachener Gesellschaften mit rund 26 000 Wohn- und Gewerbeeinheiten war nach Berechnungen des Kirchenkritikers Frerk im Jahr 2003 über eine Milliarde Euro wert.

Von dieser frohen Botschaft lässt der Finanzchef des Erzbischofs allerdings wenig verlauten. Würden die Gläubigen sonst brav alle Einschnitte mittragen und munter für ein neues Kirchenfenster von Gerhard Richter im Dom spenden? Für das Erzbistum ist es allemal besser, die andern zahlen - das gilt sogar für die Entlohnung des erzkonservativen Kardinals Joachim Meisner. Seine Bezüge, rund 11 300 Euro pro Monat, werden aufgrund eines jahrhundertealten Abkommens vom Staat ans Bistum überwiesen, was Meisner übrigens nicht davon abhält, immer wieder über die Gottlosigkeit und diversen "Fehler" seiner Geldgeber herzufallen.

Öffentliche Alimente werden nicht allein Meisner und vielen seiner Amtsbrüder gewährt. Jahr für Jahr werden katholische wie evangelische Kirche von Bund, Ländern und Gemeinden reichlich beschenkt. Zur Kirchensteuer (knapp 10 Milliarden Euro) kommen, was weniger bekannt ist, alljährlich weitere direkte und indirekte Subventionen hinzu. Im Jahr 2000 waren es nach Schätzungen 17 Milliarden Euro.

So zahlt der Staat reichlich für den Unterhalt und die Dauer-Renovierung von Kathedralen und anderen kirchlichen Gebäuden. Er übernimmt die Personalkosten für Religionslehrer ebenso wie die Rechnung für den Messwein bei Soldatengottesdiensten. Leistungen wie die jährlichen Holzlieferungen einiger süddeutscher Kommunen an ihren Bischof beruhen teils auf 200 Jahre alten Ansprüchen, die von der Politik nie wieder überprüft wurden.

Trotz weitgehender Trennung von Kirche und Staat fließen erhebliche Zuschüsse für Kirchentage, Kirchenbüchereien, Polizei-, Anstalts- und Militärseelsorge, selbst für Zivildienstleistende und den Erhalt von Opferstöcken und Wegkreuzen wird aus der Staatskasse gezahlt.

Gern nimmt die Kirche für sich in Anspruch, viel für den Zusammenhalt in der Gesellschaft, für die Armen und Schwachen zu tun, und damit hat sie recht. Doch die Rechnung auch dafür übernimmt größtenteils der Staat. Von den geschätzten jährlichen 45-Milliarden-Euro Ausgaben der Caritas zahlt das meiste der Staat, die katholische Kirche nur einen Bruchteil.

### **3. Teil: Wie Bistümer Millionen an der Börse verzocken**

Die Bischöfliche Finanzkammer Regensburg, die das Vermögen des Bischöflichen Stuhls verwaltet, hält in einer Richtlinie vom 15. März sogar ausdrücklich fest, unter welchen Bedingungen sie sich am Bau oder der Sanierung von kirchlichen Kindergärten und Horten beteiligt. Nämlich nur, wenn die jeweilige Kommune zwei Drittel der Gesamterstellungskosten "vertraglich zugesichert hat" und außerdem für "wenigstens 25 Jahre" mindestens 80 Prozent eines eventuellen Betriebskostendefizits garantiert.

Im Bistum will man kirchliche Kindergärten offenbar nur, wenn der Staat größtenteils die Kosten übernimmt. Ist es mit der barmherzigen Fürsorge für die Kinder Gottes schnell vorbei, falls die öffentlichen Gelder versiegen? Anderswo werden katholische Krankenhäuser, Schulen und Altersheime häufig sogar bis zu 100 Prozent staatlich finanziert.

Im Gegenzug muss die Kirche nicht einmal Steuern zahlen: keine Grundsteuer, keine Körperschaftsteuer, keine Kapitalertragsteuer. Alles, was sie als Körperschaft des öffentlichen Rechts in Deutschland macht, gilt als gemeinnützig, mildtätig und steuerfrei. Anders als andere Körperschaften öffentlichen Rechts wie Universitäten unterliegen sie zudem keinerlei staatlicher Kontrolle.

"Die katholische Kirche hat das angeborene Recht, unabhängig von der weltlichen Gewalt, Vermögen zur Verwirklichung der ihr eigenen Zwecke zu erwerben, zu besitzen, zu verwalten und zu veräußern", so steht es im Kirchenrecht. Dieses "angeborene Recht" und die dahinterliegenden Milliarden zu verteidigen ist eine der zentralen Aufgaben der Bischöfe.

Komplizierte Finanzstrukturen und Geheimschatullen werden normalerweise nur öffentlich etwas sichtbar, wenn treulose Verwalter sie missbrauchen.

Besonders groß ist der Ärger zurzeit im Bistum Limburg. Dort wurde der Leiter einer kirchlichen Finanzverwaltung, der knapp fünf Millionen Euro veruntreute, vor wenigen Wochen zu über sechs Jahren Gefängnis verurteilt. Der Mann, der auch Geschäftsführer der katholischen Gemeinde in Limburg war, hatte ungehinderten Zugriff auf Kirchengelder.

"Die Veruntreuung war frappierend einfach", meinte der Richter. Die Sache kam erst heraus, als das Bistum vor kurzem begann, ein neues kaufmännisches Rechnungswesen einzuführen. Bis dahin verfügten die Limburger Bischöfe und ihre Vertrauten offenkundig nach Gutdünken über ihre Kassen. Der heutige Ortsbischof Franz-Peter Tebartz-van Elst musste Fehler bei der Finanzkontrolle eingestehen.

Solch sorglosen Umgang konnte man sich problemlos leisten, Geld scheint im Bischöflichen Stuhl reichlich vorhanden. Zum Beispiel für eine neue Bischofsresidenz, die gerade für viele Millionen Euro auch aus Geldern des Bischöflichen Stuhls geplant wird. Der Hügel über Limburg, auf dem er hinter den hohen Bruchsteinmauern eines ehemaligen Adelshofs wohnen will, wird im Städtchen "Akropolis" genannt. "Unser Bischof will wohl wieder ein Fürst sein", spotten Einheimische. Der Vorgänger, Bischof Franz Kamphaus, lebte dagegen bescheiden in einer Zwei-Zimmer-Wohnung im Priesterseminar statt im alten Bischofshaus. Dort ließ er lieber für mehrere Jahre eine äthiopische Flüchtlingsfamilie einziehen.

Für Tebartz-van Elst haben Architekten auf der Akropolis nicht nur eine großzügige Wohnung mit Hauskapelle entworfen. Auch anliegende Gebäude müssen umfassend renoviert und umgebaut werden. Ein Schwesternorden zieht ein, um die Versorgung seiner Exzellenz zu sichern, das Dommuseum braucht ein neues Sicherheitssystem, für angeblich allein 1,5 Millionen soll deshalb ein Notausgang des Museums verlegt werden. Nebeneffekt: Der Bischof wird in seinem zukünftigen Refugium nicht mehr so leicht belästigt werden.

Seinen Schäflein hat er derweil das Motto "Sparen und Erneuern" verordnet. Auch in Limburg wird nun die Zahl von Gemeinden, Messen und Seelsorgern zusammengestrichen. In den Dörfern sammeln die Gläubigen mühsam Spenden für die nötigsten Instandhaltungsarbeiten ihrer Kirchen. "Gespart wird an der Basis, erneuert wird woanders", sagt Henny Toepfer von der Reformbewegung "Wir sind Kirche" im Bistum. Warum Millionen Euro für eine neue Residenz da sind, aber nicht für Busse, um alte Katholiken aus den Dörfern zum Gottesdienst zu bringen, versteht sie nicht.

Zu den altmodischen Lastern der Prunksucht und Verschwendung gesellt sich seit einiger Zeit auch eine sehr moderne Versuchung für die Geldverwalter der Bischöflichen Stühle: die Renditeversprechen der globalen Kapitalmärkte.

Beispiel Magdeburg: In seiner Not hatte das verarmte, mitgliederschwache Bistum eigens eine Aktiengesellschaft namens Gero AG gegründet. Um Zins und Zinseszins zu mehren, setzten die Vertrauensleute von Bischof Leo Nowak unter anderem auf Immobiliengeschäfte, Schiffsbeteiligungen, Biogasanlagen und selbst auf die fragwürdige Forschung mit gentechnisch veränderten Pflanzen. Ein Priester der Bistumsleitung segnete gar ein für Gentechnik gedachtes Gewächshaus, auf das die fromme Investition gedeihe.

Heute steht der Bischof vor einem Scherbenhaufen. Seine Diözese spricht von mehr als 40 Millionen Euro Verlust, die Presse sogar von knapp 100 Millionen. Jetzt will der neue Vorstand der Gero das marode Firmen- und Beteiligungsgeflecht neu strukturieren. Den einstigen Geschäftsführer hat das Unternehmen auf Schadensersatz verklagt.

Warum geben die Kirchenfürsten keine Rechenschaft gegenüber ihren Gläubigen ab? Wieso halten sie den Staat, der sie so großzügig unterstützt, so sorgsam aus ihren Finanzangelegenheiten heraus?

Ein ehemaliger Bistumssprecher hat lange über diese Fragen nachgedacht. Er hält die vormoderne, höfisch geprägte Welt der bischöflichen Ordinariate und Residenzen dafür verantwortlich. "Die mit Titeln bunt geschmückten Bischöfe und Prälaten sehen sich der weltlichen Gesellschaft überlegen und schirmen sich gegen sie ab", sagt er. "Der Beichtstuhl steht in der Kirche - nicht im Finanzamt."